

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

144 (30.6.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger angeliefert, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Filialen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 8.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, monatlich 8.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familientisch“**.

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: **F. Theodor Weber**; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: **Franz Wachtel**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: **Gerhard Wähler** in Karlsruhe.

K. Reichstag 1879 — 1909.

Wir haben kürzlich dargelegt, wie sich heute eine ganz ähnliche Situation entwickelt, wie vor 30 Jahren, als Bismarck die Liberalen an die Wand drückte, daß sie quitteten. Die „Samb. Nachrichten“ stimmen nun dieser Auffassung der Situation in allen Teilen zu und gehen ausführlich auf die damalige politische Lage ein. Es ist sehr lehrreich, an der Hand dieser Schilderung zu sehen, wie ein ruhiger Gegner heute urteilt: „Trotz des Milliardenlegens war in der liberalen Vera Delbrück-Campagna vor 30 Jahren ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch erfolgt. Während sich bei der deutschen Landwirtschaft die ersten drohenden Anzeichen der namentlich durch die Expansion der überseeischen Agrarmärkte verursachten schweren Preisstürze einstellten, ging die Industrie durch den Mangel an Rohstoffen dem Verderben entgegen. Das ganze Wirtschaftsleben geriet in eine gefährliche Störung; Betriebsbeschränkungen, Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit nahmen überhand. Dem Schicksal des Reiches Bismarck gelang es, die unheilvolle Entwicklung nicht; und nachdem er auch durch zahlreiche Klagen aus den Kreisen von Industrie und Landwirtschaft in der Ueberzeugung sich bestärkt hatte, daß die liberale Wirtschaftspolitik ins Verderben führen müsse, reifte in ihm in der Stille eines langen Erhebungsauflaufes in Berlin das große Reformwerk, das unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik neu fundamentieren und auf entschlossenen Nationalwirtschaftlichen Bahnen lenken sollte. An den Reichstag gelangte eine Reihe von Vorlagen, unter denen man Schutzölle, Finanzölle und Verbrauchsabgaben unterschied, und die Finanzkommission dieses Reichstages begann nun zu tagen. Es dauerte monatelang, ehe etwas erreicht war, und Bismarck ward über den Gang der Dinge auf das äußerste verstimmt. Die Tabaksteuervorlage war in der Kommission im feinen Schmelz gefestigt und es war nicht abzusehen, wann der ganze Plan der Finanzreform erledigt würde. Sie und die taugliche — ganz wie 1909 — im Frühherbst 1879 der Reichstag auf, einen Teil der Reform, die Schutzölle, bewilligen zu lassen und die Finanzölle bis zum Herbst zu verlagern, also vorläufig sich mit einem Torjo zu begnügen. Man hatte nur 113 unbedingt sichere Stimmen und die fehlenden 81 sollte Herr von Bennigsen herbeschaffen. Aber die Liberalen wollten nichts ohne Entgelt tun und verlangten die sogenannte „Konstitutionellen Garantien“, eine gewisse Anerkennung des parlamentarischen Systems in der Auswahl der Minister. Und selbst dann wollten sie ihre Zustimmung zu den Vorlagen nicht in bestimmte Zusätze; einzelne ließen für sie „unannehmbar“. Da vollzog Bismarck, da sich mit den Liberalen eben nichts zustande bringen ließ, seine große Schwendung in der inneren Politik, indem er die Nationalliberalen fallen ließ und mit Konserverativen und Zentrum die Reform zum glücklichen Ende führte. Der Alt-Reichstagspräsident begegnete einer Welt von Widerständen bei dieser Schwendung. Die ganze „öffentliche Meinung“ stand gegen ihn auf; und ganz anders als jetzt! Provinziallandtage, selbst die von Ost- und Westpreußen, einzelne kleinere Bundesstaaten und schließlich alle größeren Städte hatten gegen ihn mobil gemacht. Am 17. Mai trat zum erstenmal auf Berliner Einladung hin — schon vorher hatten verschiedene Handelskammern gegen die Zölle protestiert — der Deutsche Städtetag zusammen und erklärte, daß die neuen Zölle und Steuern „die Entfaltung unserer Industrie hemmen, unseren Wettbewerb mit anderen Nationen lähmen und die Entwicklung der Handelsstätigkeit beeinträchtigen“. Am Abend folgte ein Bonfekt, auf dem Dr. Ströhm, der Berliner Stadtverordneten-Vorsteher, sich für das „freie Bürgerrecht des deutschen Vaterlandes“ begeisterte, aus dem eine wirkliche einheitliche große liberale Partei hervorgehen müsse. Endlich mußte das Bürgerrecht seine Macht in die politische Magische werfen! Nichts meinte, man solle das Eisen schmieden, so lange es heiß sei, und sofort einen großen Kampfbund gründen; und Eugen Richter stellte den Antrag, dem Bunde den Namen „Antiformalisten“ zu geben. „Einst alles wie heute!“ ... Nur auf den Namen Sanjabin kam man nicht — weil man ehrlieh genug war, die Dinge beim rechten Namen zu nennen! Inzwischen hatte das Zentrum, als die fortgesetzten Besprechungen Bismarcks mit Bennigsen resultatlos blieben, sich dem Kanzler genähert. Noch standen wir mitten in der Vera des Kulturkampfes, noch waren die „Ultramontanen“ schlechtthin für alle Offizien die „Reichsfeinde“, und gesellschaftliche Beziehungen zwischen der Partei und dem Kanzler bestanden so gut wie gar nicht; wenigstens die Führer hielten sie zurück. Um so mehr fiel es damals auf, daß am 3. Mai 1879 zum ersten Male Bismarck auf dem parlamentarischen Sonnenabend bei dem Fürsten Bismarck erschien. Man trat das Zentrum offen an die Seite der Konserverativen mit der erklärten Absicht, die Finanzreform durchzuführen. Säten die Liberalen ihre Zeit verstanden, so hätten sie nun überlebens den

Gegner überboten und mit dem Kanzler dem Reichs Notwendige bewilligt. Sie gingen aber in den Schmolzwinkel. Das liberale Reichstagspräsidium — der damalige Reichstag hieß v. Stauffenberg — legte sein Amt nieder. Für die Erziehung des Reiches, in der Fraktionslösung der Reichspartei ein Kompromiß mit dem Zentrum vor. Gewählt wurde an Stelle Fortenbergs der Konserverative v. Seydewitz, an Stelle Stauffenbergs der Zentrum Abgeordnete Freiherr v. Frankenstein. Der Liberalismus hatte sich selbst eliminiert. Am 25. Juni 1879 war die Vereinbarung zwischen Zentrum und Konserverativen perfekt, zwei Tage darauf war bereits die Tabaksteuer angenommen, Schlag auf Schlag folgten die übrigen Vorlagen. Da beschloß am 4. Juli die Liberalen, nunmehr — gegen die gesamte Finanzreform zu stimmen. Fürst Bismarck fand diese Politik so unklar wie nur möglich und nahm nicht den geringsten Anstand, das auch zum Ausdruck zu bringen. Er hatte erst wenige Tage vor der letzten Entscheidung seine Schwendung zu der „Kerikal-Konserverativen Koalition“ vollzogen, obwohl er dort die Frankenstein-Klausel mit in den Kauf nehmen mußte. Aber der große Realpolitiker nahm, was sich bot. In seiner Rede vom 9. Juli erklärte Fürst Bismarck, zu seinem Bedauern fehlte es an jedem Vorläufer der Liberalen, wie sie sich dachten, daß etwa die Finanzreform gemacht werden könne, es liege gar kein Vorhaben vor, als die reine Negation dessen, was allenfalls gemacht werden könne. Er ermahnte die Linke zur Bescheidenheit, den notwendigen „Tropfen demokratischen Geistes“ gebe er zu, aber nicht gleich einen ganzen Eimer. Wenn er durch den Kampf gegen das Zentrum auch enger an die liberale Fraktion gedrängt worden sei, als es auf die Dauer für den Reichstag vielleicht haltbar sei, so habe er dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reiches und der Bevölkerung doch unendlich für immer ausgebaut können. Eine ähnliche Erklärung des Fürsten Bismarck ist bekanntlich nicht erfolgt. Er würde damit sein moralisches Todesurteil unterschreiben, meinen einzelne Mäler. Bismarck hat darüber aber offenbar anders gedacht. Er hat seinen „Blod“ als er arbeitsunfähig war, aufgegeben. Die Wiederherstellung erfolgte eine Reihe von Jahren später bei den Kartellwahlen. Die Liberalen prophezeiten damals der „reaktionären“ Politik des Kanzlers eine zerschmetternde Niederlage. Vorheritz bezahlten die Nationalliberalen die Bege. Nach der entscheidenden Abstimmung erklärte Heinrich v. Treitschke und 14 andere angehende Liberalen ihren Austritt aus der Partei. Die drei liberalen Minister, darunter Falk, nahmen ihren Abschied. Sie führten zu einer verhängnisvollen Niederlage der Linken, die 92 Sitze verlor, während die Rechte 88 gewann und der Rest dem Zentrum zu Gute kam. Die liberalen Stammvater im Osten zerfielen, und selbst haben wir das „Runderparlament“, in dem die Linke zur Ohnmacht verdammt ist. Mit der „liberalen Vera“ war es zu Ende! — So 1879! So führte Fürst Bismarck seine Finanzreform durch. Werden die, die es angeht, aus der Geschichte lernen?

h. f. Sozialdemokratische Moralbegriffe.

Die Leser des „Badischen Beobachters“ erinnern sich gewiß noch der Auseinandersetzungen, die wir vor einiger Zeit mit dem sozialdemokratischen „Volkstreu“ hatten über die sog. „Kautskymoral“ (siehe „Bad. Beob.“ Nr. 77, 97 und 115). Über den Satz Kautskys, daß man dem Feinde gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nie anerkennt habe, Kautsky hat sich bekanntlich dahin ausgesprochen, daß dieser Satz kein besonderes sozialdemokratisches Moralprinzip, sondern lediglich die Konstatierung einer Tatsache, einer Erfahrung sei, die bei allen Nationen, Klassen, Parteien bisher beobachtet worden sei. Für die Genossen reklamiert er vollständige Wahrhaftigkeit den Genossen gegenüber und allen, die nicht Feinde sind. „Nur wo es sich nicht um die Agitation, sondern um die Abwehr verächtlicher Gewalt durch die Polizei und andere Werkzeuge der Gewalt handelt, kann es das Parteiinteresse mitunter erfordern, diese Elemente irre zu führen.“ Wir haben darauf nachgewiesen, daß durch diese Ausführungen es unbedingt gerechtfertigt ist, wenn man behauptet, Kautsky kenne die Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber nicht. Daß wir damit recht hatten, beweist treffend eine jenen erschienen Broschüre des holländischen Genossen S. Gorter, „Der historische Materialismus“, aus dem Holländischen überetzt von H. Pannecot, mit einem Vorwort von K. Kautsky (Stuttgart 1909, Verlag S. S. W. Dietz Nachf.). Kautsky bestreift sich in seinem Vorwort zunächst darüber, daß sein oben genannter Satz „namentlich von katholischen Pfaffen“ gegen ihn und seine Partei ausgebeutet werde, die behaupteten, daß er keine Parteigenossen auffordere, die Volksmassen ungerne zu belügen, wenn das Parteiinteresse es erfordere.

Wir haben das nie behauptet, sondern nur, daß Kautsky der Ansicht sei, die Feinde dürfe man belügen. Und das gibt er in dem Vorwort nun selbst zu. Er gibt sich nämlich sechs volle Seiten lang Mühe, um nachzuweisen, daß der Passus in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation, die die letzte „wie alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, erkennen Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit als die Regel ihres Verhaltens zu einander und zu allen Menschen an, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaubens und Nationalität“, nicht von dem wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus, K. Marx, stamme — denn Marx ist für ihn Evangelist —, er hält die Forderung für nicht besonders glücklich und klar formuliert und widerspricht energisch dem Verlangen nach Wahrheit gegenüber allen Menschen. „Wo Proletariat auf die Gerechtigkeit der Kapitalisten stoßen, sind sie auch nicht zu unbedingter Wahrhaftigkeit diesen gegenüber verpflichtet.“ Das Lügen könne in solchem Falle „geradezu sittliche Pflicht“ für den Klassenbewußten Proletarier sein. Man sieht, er premt den Rahmen der „Feinde“ schon erheblich weiter, als er es oben getan. Es steht, und das bestätigt uns das Vorwort aufs neue, bombastisch, daß Kautsky dem Feinde gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht anerkennt. „Mühte der betreffende Passus der Statuten von Marx her, dann mühte man sagen, er sei dabei nicht sehr glücklich gewesen und habe einem beachtenswerten Gedanken eine schiefere Form gegeben.“ „Aber Marx hat diesen Passus gar nicht verfaßt.“ „Er mühte im Interesse der Einheit des proletarischen Klassenkampfes manden Beschluß hinhimmeln, von dem er durch aus nicht entzückt war.“ (S. 8.) Noch deutlicher wird jedoch Kautskys „Freund Gorter“, dem das Sittengebot ein Produkt der Tierwelt ist, es lebe schon im Menschen, als er noch ein Herdentier war.“ (S. 80.) Es ist aber auch danach, wie ihn sieht es — und zwar in Konsequenz des historischen Materialismus, der Grundgedanke des Sozialismus — fest, „daß gegenüber dem Feinde, sei es des Stammes, des Landes oder der Klasse, die hohen Gebote der Moral nicht gelten, daß im Gegenteil die Moral, die uns gebietet, unsere Genossen zu helfen, uns damit zugleich zwingt, den Feind, der ihnen nachstellt, zu vernichten, daß also die Gebote der Selbstaufopferung, der Solidarität, der Ehrlichkeit und der Treue dem Feind der Klasse nicht gelten.“ (S. 91.)

Feinde der Klasse sind ihm dabei (S. 92) Konserverative, Liberale, Kerikale und Demokraten, also alles, was man unter dem — ziemlich unglücklichen — Namen „bürgerliche Gesellschaft“ zusammenfaßt. Gorter geht „rundheraus, daß auch wir (Sozialdemokraten) nicht aufopfernd, nicht solidarisch, nicht treu und nicht ehrlich gegenüber der feindlichen Klasse sein werden, wenn das wirkliche Ziel unserer Klasse uns das vordringt.“ (S. 92.) Und er bringt dafür interessante Beispiele. So heißt es: „Der Arbeiter wird den Unternehmer nicht belügen und betrügen, wo er nur kann. In der Regel wird es seinem Klasseninteresse entsprechen, ihn nicht zu betrügen. Wo aber das Interesse seiner Klasse die Verletzung des sittlichen Gebotes erfordert, wird er sie verletzen.“ (S. 93.)

Weiter: „Denken wir uns eine Fabrik mit niedrigen Löhnen und einer Gewerkschaft, die höhere Löhne erkämpfen will. Nur mit einem plötzlichen Streik sei es zu erreichen. Ein paar Tage vor dem Ausbruch, wenn alles fertig ist, merkt der Unternehmer etwas: er läßt einen Arbeiter kommen und fragt ihn, ob etwas los ist. Gibt der Arbeiter eine ausreichende Antwort, so begreift der Fabrikant sofort, worum es sich handelt, und läßt Streikbrecher kommen. Deshalb lügt der Arbeiter; er betreibt, daß irgend etwas los ist und daß er etwas weiß. In den Augen des Fabrikanten ist das schädlich, in den Augen der Arbeiter ist es gut. Solche Fälle kommen sehr viele vor. Lüge kann also gut sein.“

Also Lüge kann gut sein. Was heißt das? Der (gute) Zweck heiligt das (schlechte) Mittel! Der „Volkstreu“ zitierte den Satz schon tausendmal als Grundtag des Sozialismus, das er bekanntlich durchaus nicht ist, was gerichtsfindig ist. (Der Abg. Dasbach wettete vor Jahren 1000 Mark, daß sich die Anempfehlung und Verleumdung dieses Grundsatzes bei den Moralisten aus dem Feindesorden nicht finde. Graf Hoensbroech wollte das Geld verdienen, mußte sich aber vom Gericht sagen lassen, daß ihm der Beweis nicht gelungen sei.) Hier aber wird die Lüge offen als erlaubt, als unter Umständen etwas Gutes gepriesen.

Doch es kommt noch besser: „Denken wir uns einen Bureauangestellten in einem Ministerium, der Sozialdemokrat ist. Er bekommt eine Vorlage in die Hände, die seine Klasse bedroht. Er hielt sie und läßt sie auf den Redaktionsstisch des „Vorwärts“ fliegen. Wir finden seine Tat lobenswert. Und es ist gut gegen die feindliche Klasse kann also in den Augen der eigenen Klasse eine Lüge sein.“

Also sogar Diebstahl ist erlaubt, wenn es nur für die Klasse gut ist. Jetzt verstehen wir manches.

Sogar die Mörder der Kommune in Frankreich sind Helden. Man höre:

„Die Arbeiter der Kommune zögerten nicht, mittels ihrer Waffen die reaktionären Klassen zu betämpfen. Das

war Mord in den Augen der Gegner, höchste Mord und Selbstaufofferung in den unsrigen. Achtenliches gilt für unsere Kameraden, die Kämpfer der russischen Revolution.“

Das ist eine interessante Blütenlese sozialdemokratischer Sittlichkeitsbegriffe. Lügen, betrügen, stehlen und morden, alles ist erlaubt und bewundernswürdig, wenn es nur für das Ziel der Klasse ist. Und das alles als Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung, als Konsequenz des Fundaments der Sozialdemokratie. Daß den führenden Genossen diese Folgerungen geläufig sind, wußten wir schon längst, daß man sie jetzt aber auch in die Massen wirft, das gibt zu denken. Und Leute mit solchen Moralbegriffen wollen der christlichen Moral am Besen stören, stellen sich hin und verkünden, die Sozialdemokratie bringe die höchste Sittlichkeit. Solche Leute wollen von der „entwärtenden Sklavemoral“ des Christentums reden (wie der „Beob.“ neulich berichtete). Diese sozialdemokratische Moral ist eine Sklavemoral im wahren Sinn des Wortes, einer Moral, die die Sklavin ist der Leidenschaften.

Deutschland.

Berlin, 30. Juni 1909.

Eine Antwort auf die Werbung des Hansabundes. Auf das Zirkular, welches der Hansabund verbreitet, um Mitglieder zu werben, ist ihm von einer westfälischen Brauerei eine Antwort zugegangen, die auch für weitere Kreise Interesse haben dürfte, und die wir deshalb nach der „Germania“ hier folgen lassen: „Ihr Rundschreiben vom 12. d. M., durch das Sie uns einladen, dem „Hansabund“ beizutreten, ist in unsern Besitz gelangt. Wir bedauern, Ihnen erklären zu müssen, daß wir uns nicht veranlaßt fühlen, Mitglied des Bundes zu werden. Nach dem Rundschreiben verfolgen Sie den Zweck, Gewerbe, Handel und Industrie gegen Angriffe und Schädigungen jeder Art zu schützen. Offen gestanden, ziehen wir es aber ernstlich in Zweifel, daß es Ihnen um die Erreichung dieses Zweckes wirklich zu tun ist. Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es sich hier lediglich um die Befolgung von Sonderinteressen handelt, für die weitere Kreise nur als Vorwand benutzt werden sollen. Wenn irgend eine Industrie von der Finanzreform hart betroffen wird, so ist es die deutsche Brauindustrie. Was ihr nach der Vorlage der Regierung und den bisherigen Beschläüssen der Finanzkommission droht, ist geradezu darnach angetan, ihre fernere Existenzfähigkeit aufs äußerste zu gefährden. Nachdem die Brauereien erst im Jahre 1906 mit 35 Millionen neuer Steuern belastet worden sind, sollen sie jetzt wiederum 100 Millionen aufbringen. Damit aber nicht genug, soll ihnen auch die Kontingentierung verjagt werden, — ein Mittel, das nach der einmütigen Ansicht der Brauereiwelt allein geeignet ist, die Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher zu gewährleisten. Einen heissen Kampf hat die Brauindustrie bisher gegen diese unerhörten Eingriffe in ihre Lebensbedingungen geführt. In diesem Kampfe hat sie aber ganz allein gestanden. Keiner der „Geheimen“ Konnergeuristen und der übrigen Herren mit den hohen Titeln, die den „Hansabund“ begründet haben und zur Zeit dessen Präsidium bilden, hat sich bilden lassen. Im Gegenteil, sie und ihr politischer Anhang haben es ganz in der Ordnung gefunden, daß die Brauindustrie von neuem in so ungeheurer Weise für die Fällung des Staatsbudgets ins Auge gefaßt ward. Erst jetzt, wo auch die Börse etwas bluten soll — was wir übrigens für gar kein Unglück halten —, erst jetzt erscheinen auch die Herren aus dem Hane. Jetzt entdecken sie, die nun ebenfalls in den Beutel greifen sollen, auf einmal, daß sie auch ein Herz für die Industrie haben. Sie werden es begreiflich finden, daß wir es unter diesen Umständen ablehnen, dem „Hansabund“ beizutreten, oder ihm sonst irgendwelche Förderung angedeihen zu lassen.“

Neue Steuervorschläge. Nach dem „Börser-Kurier“ sollen als neue Steuern geplant sein: Dividendensteuer von 2 Proz., Erhöhung des Effektensteuerepels im Sinne des konservativen Antrages, eine Cigarettesteuer, die aber geringer sein soll, als die Konservativen forderten und endlich eine kleine Notierungsteuer.

Freisinnige Politiker beim Kaiser. Der freisinnige Abg. Hediger ermächtigt das „Hamb. Fremdenbl.“ zu der Erklärung, daß die Zeitungsnachricht, der Kaiser habe sich ihm gegenüber in einer Unterredung an Bord der „Deutschland“ für die Auflösung des Reichstages ausgesprochen, eine dreiste Erfindung sei, da er über den Inhalt seiner Unterredung mit dem Kaiser sich keinem Menschen gegenüber auch nur mit einer Silbe geäußert hat. — Der Vorsitzende des Hansabundes Dr. Nießler, läßt mitteilen, daß der Kaiser zwar mit ihm gesprochen habe, doch nicht über politische Fragen.

Zur Lage. Dem „Börser-Kurier“ zufolge hat Fürst Bismarck im Gespräch, welches er gestern mit dem konservativen Abgeordneten Freiherrn von Richthofen hatte, keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach wie vor für die verbündeten Regierungen unannehmbar bleiben: die Notierungsteuer, der Kohlenausfuhrzoll, die Mühe

Leinwandsteuer, Parfüm- und Werkzeu-
steuer, Zehner, Freiherr von Nichtein soll da-
raufhin auch seinerseits keinen Zweifel gelassen ha-
ben, daß die Konventionen bereit seien, der Regier-
ung entgegen zu kommen. Nur hinsichtlich der Mo-
torsteuer scheint dies zweifelhaft. Dagegen
scheint gewiß, daß die anderen nur gegen das mo-
derne Kapital gerichteten Steuern, Reichssteuer,
Dividendensteuer, Effektensteuer, Checksteuer, Er-
höhung der Ankaufsteuer wenn auch nicht in der von
konservativer Seite gewünschten Höhe Aussicht auf
Annahme haben. Diese Steuern würden aber auch
mit den Konventionen auf Bier, Tabak, Brannt-
wein, Beleuchtungskörper, Zündhölzchen, Kaffee- und
Teegoll-Erhöhung, Schaumweinsteuer-Erhöhung so-
wie Verbeibehaltung der Fahrkartensteuer nicht den
Betrag von 500 Millionen einbringen. Aber die
Regierung würde sich dann mit einem geringeren
Ertrag einverstanden begnügen. Zur Frage der Mo-
torsteuer berichtet daselbe Blatt noch weiter,
daß die in der verbandenen Regierung am Montag
die Regierung beizuhaltenden konservativen Wünschen
wenigstens im Prinzip nachzukommen. Darin ist
aber eine Änderung eingetreten. Die Regierungen
sind jetzt fest entschlossen, gegen diese Steuer zu stim-
men und zwar unter ausdrücklicher Zustimmung des
Kaisers und des Reichstages hat die Vollmacht zur
Aufhebung des Reichstages, wenn die Mehrheit im
Reichstag die Motorsteuer auch in dritter
Lesung annehme.

Hier wird offenbar Wahres und Falsches, Tatsäch-
liches und nur Gewünschtes durcheinander gemischt.
Der „Köln-Zeitung“ schreibt: „Als wahrscheinlichen
Ausgang der Krise darf man annehmen, daß eine
Verständigung zustande kommt auf Grund einer
weitgehenden Linderung der Motorsteuer oder
unter Annahme einer anderen durchgreifenden
Vorsorge, an der die neue Mehrheit unbedingt
festhalten will.“

Darüber, daß der Reichskanzler geht, sobald die
Reform gescheitert ist, besteht nunmehr kein Zweifel
mehr. Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt nun-
mehr offiziös:

„In den Wäutern ist befristet worden, die am Samst-
tag veröffentlichte Mitteilung über den bevorstehenden
Mittwoch des Reichskanzlers Fürsten Bülow in ihrer Be-
deutung abzuwägen. Zur weiteren Klarstellung be-
merken wir folgendes: Der Reichskanzler hat den Kaiser
um seine sofortige Entlassung gebeten. Seine Majestät
haben sich zur sofortigen Erfüllung dieses Wunsches nicht
zu entschließen vermocht und haben den Reichskanzler
unter warmer Anerkennung seiner großen in zwölf-
jähriger Amtstätigkeit der Krone und dem Lande ge-
leisteten Dienste dringend gebeten, sein Amt noch so lange
zu führen, bis die Reichsfinanzreform, deren Erledigung
eine nationale Notwendigkeit sei, zustande gebracht wäre.
Der Kaiser hat sich dabei von der Überzeugung leiten
lassen, daß es am allerbesten dem Fürsten Bülow ge-
lingen werde, das Werk unter Abweijung der die Ge-
heimnisse schädigenden und für die veränderten Re-
gierungen unannehmbaren Vorschläge zu Ende zu führen.
Dem Ersuchen des Kaisers hat sich der Reichskanzler nicht
entziehen wollen, ist jedoch mit Rücksicht auf die politische
Entwicklung die durch die Zustimmung über die Er-
schaffung neuer Steuern im Reichstag gestanden hat, unüberwindlich
entschlossen, alsbald nach Erledigung der Reichsfinanz-
reform aus dem Amte zu scheiden.“

Das ist daselbe, was die „Frankf. Ztg.“ schon am
Montag schrieb. Man wird also annehmen müssen,
daß es ernst gemeint ist.

Die Nationalliberalen stampfen immer von neuem
auf den Boden, um sich in ihrem Zorn zu befestigen.
Die nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht
schon wieder folgende Erklärung: „Es finden sich in
der Presse Andeutungen, wonach mit den National-
liberalen behufs Anschlusses an den schwarzen Block
verhandelt wird.“ Die Korrespondenz stellt fest, daß
bei den nachgehenden Stellen der nationalliberalen
Partei von solchen Versuchen, die Partei von ihrem
wohl erworbenen und selbst eingenommenen Stand-
punkt abzurufen, nichts bekannt ist. „Wir nehmen
an, daß solche Versuche unterbleiben werden, da sie
tatsächlich aussichtslos sind. Die Partei wird bei
der erfreulichen Einmütigkeit, die ihre Aktion bisher
ausgezeichnet hat, ihren Weg weiter gehen. Sie be-
dauert, daß die Finanzreform eine Ausgestaltung er-
halten hat, die ihr die Zustimmung unmöglich macht,
sie muß es aber nach Ablehnung der Erbschaftsteuer
dem neuen Block überlassen, diese sogenannte Finanz-
reform allein nach seinen Intentionen zu Ende zu
führen.“

Wer weiß, ob die nationalliberale Parteiführung
nicht anders denkt, wenn die Vertreter aus ganz
Deutschland am nächsten Sonntag gehört sein wer-
den. Abfälle von der nationalliberalen Partei liegen
bekanntlich bereits vor.

Natürlich beschäftigt man sich auch mit dem Nach-
folger Bülows. Neuerdings wird auch Graf Monts
genannt; dabei handelt es sich selbstverständlich ledig-
lich um Gerüchte oder mühsame Phantasien. In Ver-
liner Blättern war eine Verberung des Zentrums-

fürers Spahn mitgeteilt worden. Wonach der Reichs-
kanzler die Reichsfinanzreform mit der neuen Mehr-
heit machen werde. Wie die vieler Reueken Nach-
richten authentisch erfahren, hat der Abg. Spahn die
Verberung in der mitgeteilten Form nicht getan,
sondern nur gesagt, daß auch beim Fortbleiben des
Reichskanzlers im Amte für ihn die Möglichkeit der
Reichsfinanzreform nicht ausgeschlossen sei.

Die vorläufige Ablehnung des Entlassungs-
gesuches des Fürsten Bülow kommt nicht über-
raschend; denn Persönlichkeiten, welche dem Reichskanzler
nahe stehen, haben diesen Gang der Dinge schon vor
8 Tagen und geschilbert. Aber nunmehr steht eines fest:
die Reichsfinanzreform kommt unter allen Umständen
zustande und zwar mit dem Fürsten Bülow. Die
Reichstagsaufhebung gehört in das Gebiet der Phantasie,
da die Mehrheit fest entschlossen ist, die Reform in an-
nehmbarer Weise zu gestalten. Dieser feste Wille be-
steht konservativ und Zentrum in gleicher Weise und
die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat die Mehrheit nicht vergebens
aufgefordert, nun zu zeigen, was sie kann. Wenn die
Mehrheit der Mehrheit nicht selbst Schwierigkeiten
macht, ist das große Werk in 20 Tagen geschaffen und
dann kann der Kaiser die Entscheidung fällen. Die Auf-
fassung der offiziellen Kreise spiegelt sich in folgenden
Aussagen wieder: „Ein neuer Kanzler wäre auch in
der Tat geeignet vor eine fast unlösliche Aufgabe gestellt.
Fürst v. Bülow hält es im Interesse nicht nur der
Innenen, sondern auch der äußeren Politik für notwendig,
sich, wenn auch schweren Herzens, weiter zur Verfügung
zu stellen, bis zur Beendigung der Finanzreform.
Darüber besteht jedoch kein Zweifel, daß der Zeitpunkt
der Erledigung dieser Aufgabe auch gleichzeitig den
Mittwoch des Kaisers mit sich bringen soll. Fürst von
Bülow ist entschlossen, sein Amt nicht länger zu führen,
weil die konservative Partei ihn bei der Erbschaftsteuer
im Stich gelassen und ihm die Fortführung seiner auf
Mittelangelegenheit der Liberalen gerichteten Politik un-
möglich gemacht hat. Zielen Erfolg ihrer Faltung
haben die Konservativen nicht gewollt. Sie würden den
Fürsten nur ungern scheiden sehen, werden aber unfer-
seits zugeben müssen, daß er nicht anders handeln kann,
da sein Ansehen als Staatsmann auf dem Spiele steht.
Noch aber ist es vielleicht nicht zu spät dazu, den einmal
begangenen Fehler wieder gut zu machen. Wenn die
Konservativen jetzt, in der letzten Stunde, dem Kanzler
die Hand zur Verständigung bieten, wird der in der
schmerzlichen Entscheidung dieser Tage gefasste Entschluß
des Fürsten Bülow sich vielleicht doch noch einer Revision
unterziehen lassen.“ Die konservative Presse aber dankt
dem Kaiser, daß er heute seine Entscheidung gefällt hat.
Andererseits die „Tägliche Rundschau“, in der man liest:
„Damit wäre auch der zweite Sieg des Zentrums durch
die Konservativen errungen. Der Kanzler, der die
lähmende Herrschaft des Zentrums durch die Reichstags-
auflösung vom 13. Oktober 1906 brach, ist gestürzt —
vom Standpunkte des Zentrums aus eine gelungene
Nache, vom Standpunkte der Konservativen aus eine
sinnlose und treulose Tat, vom vaterländischen Stand-
punkte aus ein schwerer Verlust. Der Kanzler wird
gehen, wenn ihm auch das Gebot des kaiserlichen
Herrn und die Verantwortung gegenüber dem Reiche
noch einige Zeit auf seinem Rücken zurückfällt.“ Dann
stellt das Blatt die Situation so dar, als wenn die
Mehrheit starke Sehnsucht nach der Angleichung der
Nationalliberalen hat; was die Herrschaften sich doch
nicht alles einbilden!

Mehr Interesse hat dagegen folgende Mitteilung: „Die
Wahl des 5. Reichskanzlers liegt in den Händen des
Kaisers, und es ist deshalb müßig, sich in Kombinationen
zu ergehen. Nur ein Man, den wir im März als
Kandidaten der Sozialisten genannt haben und der in
letzter Woche auch von anderen Zeitungen viel genannt
wurde, Graf Wedel wird nicht mehr in Frage
kommen, da er sich, wie wir erfahren, nunmehr ent-
schlossen hat, in Straßburg zu bleiben und eine eventuelle
Berufung mit Rücksicht auf sein Alter und seine Gesund-
heit abzulehnen.“ Das „Berliner Tageblatt“ rechnet mit
dem endgültigen Austritt des Reichskanzlers. Dagegen
schreibt der „Vorwärts“: „Fürst Bülow hat sich also
nicht geschert, noch einmal ganz dieselbe Komödie zu
wiederholen, die er in den Novembertagen aufgeführt
hat. Nur daß sie jetzt in der Wiederholung noch lächer-
licher wirkt als bei der ersten Aufführung. Und
noch weniger eine Lösung darstellt! Denn damals
konnte sich die Umsetzung des Kaisers noch recht-
fertigen lassen, da es sich um einen Vorgang
handelte, der außerhalb des Parlamentes spielte. Was
soll aber diese Demissionenkomödie heute, wo nicht
schuldbares Versehen des Kaisers und Einmischung des
persönlichen Regiments zur Debatte stehen, sondern, wo
es sich um den völligen Kontroll des politischen Systems
des Kanzlers handelt, um eine völlige Desavouierung
der Regierung durch die Parteien, um die Möglichkeit,
jene Grundzüge durchzusetzen, auf die sich der Kanzler so
feierlich verpflichtet hat. Daß Bülow den Kaiser so
„Opportunistisch“ seines Rückzugs nicht überzeugen“ konnte,
beweist bloß, daß er es nicht wollte. Deshalb kann die

Rundgebung dem politischen Ansehen des Kaisers auch
nicht das geringste nützen und weckt nur Widerwillen
gegen den Mann, der vor solchen kleintlichen Dingen sich
nicht scheut. Die Demission erscheint nur als letztes ver-
zweifeltes Mittel, selbst auf die unwürdige Art Kanzler
zu sein.“ Das Blatt ruft nach einer Auflösung des
Reichstages, was uns gar nicht unangenehm ist; denn je
lauter die sozialdemokratische Presse die Auflösung ver-
langt, um so weniger wird derselben entsprochen werden;
das sagt sehr zutreffend Freiherr von Zedlitz im
„Tag“: „Eine Auflösung des Reichstages ist, zurzeit
wenigstens, ganz außer Frage; eine solche wäre auch
im Augenblicke gar nicht zu verantworten. Es gehört
schon ein hoher Grad leidenschaftlicher Verblendung
dazu, eine solche Maßnahme zu verlangen oder zu
erwarten. Allein selbst der Sozialdemokrat ist der
Auf nach Auflösung verständlich. Sie würden den
Nutzen, die Reichsfinanzreform aber den Schaden davon
haben. Wer auf eine Reichstagsauflösung spekuliert,
hat sich verpekelt. Man muß sich allezeit mit der
Tatsache abfinden, daß an der Reichsfinanzreform mit
dem Ziele eines positiven Endergebnisses weiter zu
arbeiten ist.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Das österreichische Flottenprogramm. Die Marine-
verwaltung wird im Herbst mit einem neuen Schiffsbau-
programm hervortreten, das 270 Millionen Kronen er-
fordert, sich aber auf 5 oder 6 Jahre verteilen soll.
Die früher angeforderte Summe von 127 Millionen,
wovon erst 27 vollert sind, wird außerdem aufrecht er-
halten. In das neue Programm sind 4 Dreadnoughts
aufgenommen.

Italien.

Die Beteiligung Österreichs an der Ausstellung
1911 anlässlich der Jubelfeier der Einigung Italiens
war vor einiger Zeit in Zweifel gezogen worden und
dieser Umstand hat in Italien manche Gemüter erregt.
Nunmehr wird aus Rom gemeldet: Der österreichisch-
ungarische Vorkonzert hat am Samstag dem Minister
des Äußeren Tittoni die offizielle Beteiligung Öster-
reichs an der Ausstellung in Rom von 1911 angekündigt.

Frankreich.

Schülerelbstmorde. In unglaublich kurzer Zeit
haben sich in Frankreich in vier verschiedenen Städten
vier Selbstmorde von Gymnasialisten zugegetragen.
In Clermont erschoss sich einer, in Bourges endete einer
sein Leben durch Erhängen, in Lyon hat sich einer ver-
giftet, in Gelles ein anderer ertränkt. Die jungen Leute
waren 14—16 Jahre alt! In der Kammer brachte der
Akademiker Barrès die traurige Tatsache zur Sprache,
indem er die Verantwortung den jetzigen Lehrern der
Schüler zuschob. Diese Lehrer rauben der
Jugend alle Ideale und statten sie mit unsäglich-
lichen und nihilistischen Ideen aus; sie rauben ihnen
Hoffnung und Glaube und jagen sie, dieser Stille des
Lebens beraubt, in den Tod. Die leider nur zu wahren
Worte des weisheitsreichen Altes wurden von der Kammer-
mehrheit — verächt.

Rußland.

Ein Mordfall der Revolutionäre. Wie aus
Warschau gemeldet wird, wurde am Montag der bei
der revolutionären Partei äußerst beliebte General
Silin, der mit seiner Familie aus Warschau vertrieben,
auf der Straße öffentlich von mehreren mit Revolvern
bewaffneten Männern überfallen. Ein 19-jähriger
Tochter blieb von mehreren Kugeln getroffen auf der
Stelle tot, während der General und sein Knäuel sowie
zwei zum Schutz der Überfallenen herbeigekommene Schu-
leute schwer verwundet wurden. Die Täter entkamen.
— Eine Bewegung des Jaren mit dem Sultan.
Aus Petersburg wird gemeldet, es sei nunmehr ziemlich
sicher, daß der Zar bei seiner nächsten Kreuzfahrt mit
dem Sultan Mohammed eine Begegnung haben werde.
Falls der Zar dem Sultan einen Besuch in Konstantinopel
abstatten werde, werde dieser im Oktober d. J. nach
Petersburg kommen.

Baden.

Karlsruhe, 30 Juni 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
Sich gnädigst bezeugen gefunden, dem Ehrenkomman-
danten und Verwaltungsratsmitglied der freiwilligen
Feuerwehr Rappel a. H. Aprian v. Lück die Silberne
Wehrmedaille zu verleihen, sowie den Mitgliedern dieser
Wehr Schmitt und Wöllig die Wehrmedaille zu verleihen.
— Schiffmann Markus Wöhrler und Ehrenmann
Johann Adam Korta das Ehrenzeichen für
40-jährige treue Dienste bei der freiwilligen
Feuerwehr zu verleihen.
Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
Sich gnädigst bezeugen gefunden, den nachgenannten
Großh. Luzemburgischen Hofbediensteten die folgenden
Auszeichnungen zu verleihen:
das Verdienstkreuz vom bayerischen Löwen:
dem Kontrollrat Nikolaus Zöllig;

Partie vor das Publikum treten. In der Rolle der
Daisig wird sich die Soubrette Fräulein Dora Heben von
Apollotheater in Wien einführen. Die Olga Labintza
spielt diesmal Fräulein Rainer und die Rollen des Conde
Hans werden wieder von den Herren Becker und Stroh
dargestellt. In die andere Handrollen teilen sich
Fräulein Richter sowie die Herren Richter und Bell. Die
musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Medner
übernommen, die Regie führt Herr Regisseur Alfred
Fischer.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Anstelle von Herrn Kaplan Wamlein
in Mannheim kommt Herr Otto Wehinger, bisher
Vikar in Durbach. Der Dienstreise ist Donnerstag.
Freiburg. Herr Pfarrverweser Weiss in Don-
stetten ist auf den 8. Juli in gleicher Eigenschaft nach
Schliengen, Amt Wülheim, angewiesen; als sein Nach-
folger kommt der bisherige Vikar Adam Simon von
Schutterwald hinzu.
Weinheim, 28. Juni. Ein Freudentag war der
gestrige Sonntag für den heiligen katholischen Arbeiter-
verein 1906, wurde ihm doch die hohe Ehre und das
Glück zuteil, den apostolischen Segen zu erhalten, welchen
ihm der hochwürdigste Herr Erzbischof im Auftrag der
apostolischen Kurie mit dem üblichen Schreiben aus
Rom an den Leiter des Vereins, Professor Dr. Karl Dreans,
übermittelte. Das Schreiben besagt, daß der Heilige
Vater mit Freude und Dank die Wünsche des Arbeiter-
vereins zum Jubiläum entgegengenommen habe und daß er
deshalb dem Vorstand, Professor Dr. Dreans sowie allen
Mitgliedern den apostolischen Segen sende. Das Schrei-
ben ist unter dem 20. Juni auf dem päpstlichen Staats-
sekretariat ausgefertigt und vom Kardinalstaatssekretär
Merz del Val unterzeichnet.

Cheater und Kunst.

Karlsruhe, 30. Juni 1909

Groß. Hoftheater. Samstag abend Frau
Kallenke in Waffens „Anon“ die Titelrolle
und entledigte sich ihrer Aufgabe in sehr anerkennt-
nenswerter Weise, ohne jedoch die dramatische Höhe zu er-
reichen, welche Frau v. Westhoven mit derselben ein-
genommen hatte. Herr Hofkapellmeister Lorenz führte
die Vorstellung schonungsvoll durch.

Ein gleiches läßt sich von der Aufführung der
„Meisterfinger“ sagen, die Herr Lorenz ebenfalls
sehr ehrenvoll leitete. Doch konnte diese am Sonntag
nicht ohne Abgabe stattfinden; Fräulein Gthofer, die
sich gesund gemeldet hatte, sagte, als sie bereits auf dem
Bühnen stand, wieder ab und so sprang ein Gast aus
Mannheim, Fräulein Kofler, als „Gene“ für sie ein
und bot gefänglich wie darstellerisch eine durchaus befrie-
dende Leistung. Unser Heldentenor Herr Herr
Trosteroff, sang den „Walter von Stolzing“. Wir
haben dem, was wir wiederholt über den Sänger
geschrieben, auch bezüglich dieser Aufgabe, nichts neues
mehr hinzuzufügen, er sang und spielte mit denselben
Vorzielen und Mängeln, die wir bereits von ihm hervor-
gehoben. Die künstlerisch hochstehenden Darbietungen
der Herren Büttner („Hans Sachs“), Buffard
(„David“), Moha („Bedmeffer“), der Frau v. West-
hoven („Göchen“), des Herrn Keller („Pogner“) sind
bekannt, an sie reihte sich der „Frik Rothner“ des Herrn
Schüller würdig an.

Herr Tänzer wird nun doch noch vor den Ferien
singen. Es scheint, daß die Intendanz, und zwar mit

Recht, die Bügel straffer angezogen und ein Nachwort
gesprochen; wenn die Herren Tenöre hier krank sind
oder sich in Melancholie befinden, daher nicht singen
können, so dürfen und müssen sie auch ihre Vorhaben
aufgeben, auswärts auszureisen; das Publikum und die
Intendanz haben genug durch häufige Erkrankungen
dieser hierdurch „leuren“ Sänger zu leiden gehabt. Wir
können ein energisches Einschreiten der Intendanz nur
loben. Probatum est, vivat sequens!

Einer an uns ergangenen Anfrage erwidern wir, daß
Frau Ermard die „Desdemona“ hier noch
nicht gespielt hat und daß der neue Operngast
Peter Dumas heißt und von Nürnberg kommt.

Nach uns zugegangenen zuverlässigen Angaben hat der
Bassist Rudolf Heilacker, welcher in Freiburg mit
so viel Erfolg aufgetreten ist, seine Studien hier, und
zwar bei dem 1. Chorleiter des Großh. Hoftheaters,
Herrn Guggenbühler, gemacht.

Zu gedenken der deutschen Benefiz- und Sterbe-
kasse für Chorleiter (Kollaterband Karlsruhe)
findet am 2. Juli in diesem Hoftheater die Vorstellung
„Tiefeland“ statt. Wie wir hören, wird an diesem
Abend Herr Tänzer zum ersten Mal wieder nach
überstandener Operation auftreten. Im Interesse des
guten Zweckes der Vorstellung ist zu erwarten, daß das
Stück vor ausverkauften Haus vordringt.

Stadtparktheater. Als 2. Vorstellung gelangt
der Schläger der vorjährigen Sommer-Saison
„Die Dollarprinzessin“ von A. M. Willner und
H. Grünbaum Musik von Leo Fall, zur Aufführung.
Die Kontrolle hat wieder Fräulein Ivanovic inne und im
Berein mit ihr wird Herr Herold als Fredy in einer großen

die silberne Verdienstmedaille:
dem Kapitän Jakob Malleberg, dem Hofkammersekretär
Dreher und dem Hofrat Joseph Fugel.

erner wurde dem königlich preussischen Hauptmann
Müllerhoff, militärischen Begleiter Seiner Königl.
lichen Hoheit des Prinzen Waldemar von Preußen, das
Verdienstkreuz zweiter Klasse mit Eichen-
laub höchster Ordnung vom bayerischen Löwen ver-
liehen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
gnädigst geruht, dem Hofsekretär Heinrich Laier in
Dinglingen unter Ernennung zum Hofmeister die Vor-
steherstelle bei dem Hofamt daselbst mit Wirkung vom
1. Januar d. J. ab zu übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzog-
tums wurde der charakterisierte Hofsekretär Otto Müller
aus Mannheim in einer Sekretärstelle beim Hofamt in
Offenburg etatmäßig angestellt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unter-
richts hat den Akuar Georg Beck beim Amtsgericht
Karlsruhe zum Amtsgerichtsdorf bestellt.

Die „Badische Landeszeitung“
ist erfreut, daß der „Bad. Beob.“ seinen Lesern davon
Kenntnis gab, wie literarisch die Redaktion des
nationalliberalen Blattes ist. Sie ist dabei nur in dem
Irrtum befangen, daß wir damit die Entrüstung unserer
Leser hervorrufen wollten. Weit gefehlt! Wir wollten
damit nur einmal wieder zeigen, wie ein Nationallibe-
raler über sich selbst und über jene seiner Mitmenschen
denkt, welche nicht das Glück haben, nationalliberal zu
sein. Das ist übrigens eine alte Geschichte und der
Pharisäer, von dem Jesus Christus erzählt, hat es ge-
rade so gemacht: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht
bin, wie die übrigen Menschen.“ Die „Bad. Beob.“ freut
sich jedoch auch auf unsern angelegentlichsten Besuch, um so
mehr, als ein Gegenstand des „Bad. Beob.“ seit dem
18. Sept. 1907 ansieht. Die Redaktion ist jetzt genau
Buch zu führen. Wir müssen allerdings das Sünden-
bekenntnis ablegen, daß wir gerade mit Bezug auf die
Gegenstandsfrage der konventionellen Hoflichkeit in
hiesigen und in anderen Fällen schon schwer gefündigt
haben. Wir bekennen auch, daß das ein Fehler ist, der
uns übel genommen werden kann, haben auch schon Be-
sichtigung gelobt. Aber daß diese Vernachlässigung auch
in der badischen Politik eine Rolle spielen würde, hätten
wir um so weniger gedacht, als die „Bad. Beob.“ vor
einigen Wochen behauptete, sie könne sich nicht mit
solchen Klappfechereien abgeben. Sollen sich nicht die
nicht alle, denen wir noch einen Gegenstand schuldig sind,
an die „Bad. Beob.“, damit sie davon unter der Rubrik
„Badische Politik“ Notiz nehmen!

Ein liberal-sozialistisches Mindestprogramm.

In der „Straßb. Post“ Nr. 703 lesen wir:
„Im freireligiösen Verein Durlach sprach am Samstag
der Abgeordnete Fräufel über die Reichsfinanzreform.
Er bezieht die Zustimmung über die Erbschaftsteuer
als Demasierung der führenden politischen Persönlich-
keiten und scheidet die Schuld an der konservativ-meritokratischen
Übermacht auf die ungeredete Wahlkreisverteilung.
Dieser mühe zu ändern werden. Die Verantwortung, falls
diese Veränderung nicht gelänge, trage die Sozialdemokratie;
denn wenn die Reichsregierung die feste Lebensgrundlage
haben könnte, daß die Sozialdemokratie positiv mitzubringen
und ihre Macht nicht mißbrauche, dann wäre wohl ihre
Zustimmung zu dem Plane zu erlangen. Der Redner
forderte deshalb ein Mindestprogramm als
Grundlage von Verhandlungen zwischen Libe-
ralismus und Sozialdemokratie.“

Wir interessieren uns im allgemeinen nicht dafür,
wie sich im Kopf des Abg. Fräufel die politische
Welt malt, zumal wir schon öfters erfahren haben,
daß dieses Bild ein recht verjährtes ist. Daß er
aber dieses schon ein Mindestprogramm für Verhand-
lungen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten
verlangt, ist bemerkenswert. Zwar sollte ihn das
Schicksal des liberalen Mindestprogramms, das
zum Zwecke einer Einigung des Gesamtliberalismus
aufgestellt wurde, abjournieren, eine weitere Mindest-
programm-Komödie zu befürworten. Aber daß der
Gedanke überhaupt entfallen konnte, ein Mindest-
programm zwischen Liberalen und Sozialdemokraten
zu schaffen, ist interessant genug und ist nur ein
weiterer Beweis dafür, wohin das Schicksal des Libe-
ralismus schließlich führt. Die „Straßb. Post“ hält es
daher auch für notwendig, zu dem Fräufelschen Ge-
danken folgende Anmerkung zu machen:

„Ein solches Mindestprogramm, wie es Fräufel
vorschlägt, ist doch wohl nur denjenigen dem gegnerischen
Führer der Liberalen und der Sozialdemokraten. Wenn
sich unter besonderen Umständen auch ein solches
Zusammengedenken verdienstlicher und ermutigender läßt,
so geht doch die Forderung nach einem Mindestprogramm
wohl zu weit und dürfte auch an dem grundsätzlichen Be-
stande der Liberalen und der Sozialdemokratie scheitern.
Im übrigen ist es auch wichtiger, zunächst
einmal die Einigung aller liberalen Ele-
mente herbeizuführen.“

Der letzte Satz ist eine gute Kritik an dem Plan
Fräufels. Im übrigen könnte sich allerdings Fräufel
auf die Versicherungen führender badischer National-
liberaler berufen, welche schon einige recht wichtige
Programm-Punkte bei Nationalliberalen und
Sozialdemokraten als nicht wesentlich verschieden be-
zeichnet haben. Diese gemeinsamen Punkte liegen
allerdings nicht in der Öffentlichkeit, in der sich
Fräufel heute betätigt, sondern auf dem viel wä-
rmeren Gebiet der Weltanschauungsfragen.

Stuttgart, 30. Juni. Ein Arbeiter, welcher
der Vertrauensmännerversammlung letzten Sonntag
behufs Stellungnahme zur Kandidatenfrage des
46. Wahlkreises beizuohnte, schreibt uns: Die „Bad.
Landeszeitung“ bringt über unsere Vertrauens-
männerversammlung einen Bericht, welcher ver-
schiedene Unrichtigkeiten enthält.

1. Ist es unklar, daß irgend einer von den drei
in der „Bad. Landeszeitung“ genannten Herren von
der Vertrauensmännerversammlung oder in der vor-
angegangenen Versammlung von Stuttgart Zentrum-
komitee oder sonst von einem maßgebenden Faktor
darum angegangen wurde, eine Kandidatur zu über-
nehmen.

2. Wäre, wenn die Mehrheit dafür gestimmt hätte,
einen eigenen Kandidaten aufzustellen, keiner dieser
drei Herren in Betracht gekommen. Dagegen ist
wahr, daß man den Herrn, welcher der liberalen
Partei bei der Stuttgart Bürgerauswahlwahl Wahl-
geschäfte beforagte, nicht weniger als dreimal aus dem
Vertrauenskomitee ausweisen mußte und jedesmal
hatte er die Mehrheit, das Lokal wieder zu betreten,
obwohl er weder Vertrauensmann des Zentrums,
noch irgendwie in einem unserer Vereine organi-
siert ist.

Es wäre endlich an der Zeit, daß die „Bad. Landes-
zeitung“ ihre Stuttgart Korrespondenzen etwas
kritischer betrachte, da sie sich mit ihren bisherigen

